

## **Entwurf eines Hammer Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus und zur Beratung und Betreuung von Opfern rechter Gewalt**

### 1. Vorbemerkung

Im Herbst des Jahres 1991 wurde in Hamm der „Hammer Appell – Miteinander leben – keine Chance für Intoleranz und Gewalt“ durch Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen unterschrieben und am 19.11.1991 in der Sitzung des Sozialausschusses von allen Parteien einstimmig beschlossen.

Dieses Bündnis gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus wurde im Jahre 2000 durch die Einberufung des „Runden Tisches gegen Gewalt und Radikalismus“ als Exekutivorgan des Hammer Appells neu belebt und trifft sich seitdem regelmäßig, um Maßnahmen und Aktionen im Sinne des Appells zu planen, zu koordinieren und umzusetzen.

Daran beteiligt sind u. a. Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Parteien, der Unternehmer- und Handelsverbände, der Kammern, der Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaften, der Gerichtsbarkeit, der Polizei und der Stadt Hamm.

Aktionen wie „Gesicht zeigen gegen Rassismus und Gewalt“, „Noteingang“, „Hamm ist bunt – nicht braun“ oder die „Trainings für Zivilcourage“, an denen sich mehr als 1.000 Hammer Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben, machen deutlich, dass der „Runde Tisch“ sein Mandat verantwortungsvoll und nachhaltig wahrnimmt. In Kooperation mit weiteren Initiativen in Hamm, wie dem Arbeitskreis „Woche der Brüderlichkeit“, der Volkshochschule, der Stadtbücherei oder der „Freymuth-Gesellschaft“ werden entsprechende Veranstaltungen durchgeführt und auch die Preisverleihung durch den Hammer Appell für Menschen, die sich für ein friedvolles Miteinander einsetzen, zeugen auch deutlich vom Vernetzungsauftrag, den der „Runde Tisch“ aufgenommen hat.

Zuletzt hat die, durch die Stadt Hamm am 06.10.2012 auf der Bahnhofstraße durchgeführte Kundgebung unter dem Motto „Vielfalt macht stark“, die gut funktionierende Vernetzung aller demokratischen Kräfte in der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus in Hamm demonstriert.

Radikalistische Einstellungen und Verhaltensweisen finden sich aber zunehmend nicht nur in der rechtsextremen Szene. Auch in politikverdrossenen bzw. marginalisierten Milieus einer sich zunehmend polarisierenden und individualisierenden Gesellschaft ist der Glaube an funktionierende demokratische Strukturen immer weniger verbreitet. Nicht nur in einer zunehmenden Anzahl von Sekten und Sektierergruppen, selbst in den großen Religions- und Glaubensgemeinschaften finden sich radikale Gruppierungen, die Orientierung Suchenden einfache und in der Regel undemokratische Identitäts- und Heimatangebote machen.

Gewaltverherrlichung in den Medien, Toleranz bzw. Hinnahme von physischer und psychischer Gewalt an Schulen und in deren Klassen, bei Groß- und Sportveranstaltungen (Fußball) und generell in der Öffentlichkeit und der Privatsphäre tun ein übriges zur Verhinderung von sich an Gewaltlosigkeit, Toleranz und Partizipation orientierenden Einstellungen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

## 2. Aktuelle Situation

Mit Schreiben vom 30.07.12 hat der Deutsche Städtetag im Hinblick auf Aktivitäten gegen Rechtsextremismus die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Kommunen angekündigt. Diese Arbeitsgruppe soll nicht nur dem Erfahrungsaustausch dienen, sondern sich auch mit der Frage beschäftigen, wie nicht nur zentrale Einrichtungen wie das staatliche Infozentrum, sondern auch die Kommunen angesichts der Haushaltslage mehr finanziellen Spielraum für die o. g. Aktivitäten erhalten können. Die Stadt Hamm hat ihre Beteiligung an der Arbeitsgruppe zugesagt.

Mit der Gründung der Opferberatungsstelle „Back up“ für den Raum Westfalen ([www.backup-nrw.org](http://www.backup-nrw.org)) 2011 in Dortmund steht in unmittelbarer Nachbarschaft von Hamm eine Einrichtung zur Verfügung, mit der gut zusammen gearbeitet wird und mit der der Runde Tisch in Hamm in ständigem Kontakt steht.

Die Beratungsstelle bietet den Opfern rechter Gewalt bzw. deren Angehörigen nicht nur Sicherheit und Hilfe, sondern unterstützt und begleitet sie auch bei juristischen Fragen und im Kontakt zu Behörden und Gerichten. Sie berät Menschen, die Zeugen eines rechtsextremistischen Angriffs wurden. Mitarbeiter der Beratungsstelle sind – wenn gewünscht – auch bereit, Betroffene zu Hause aufzusuchen.

Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg“ bzw. deren Vertreter nehmen regelmäßig an den Sitzungen des Runden Tische in Hamm teil und tragen damit insbesondere zum überregionalen Austausch von Informationen und erfolgreichen Strategien gegen Rechtsextremismus bei.

Auf Landesebene existiert eine Reihe von Beratungsnetzwerken mit unterschiedlichen Zielsetzungen:

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA e. V.) ist ein Dienstleistungszentrum, das in den Themenfeldern (Anti-) Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Interkulturelle Öffnung, Diversität, Antidiskriminierung und Migration informiert, dokumentiert, berät und qualifiziert. (<http://www.ida-nrw.de>)

„HelpLine – Aktiv gegen Rechts“ ist das Aussteigerprogramm des Landes NRW, das sich gezielt an hilfesuchende Ausstiegswillige aus der rechten Szene wendet. (<http://www.aussteiger.nrw.de>) Hier wird neben der Beratung auch individuelle Hilfe angeboten.

Durch den Verfassungsschutz des Landes NRW wird Beratung nicht nur für betroffene Angehörige von Mitgliedern der rechten Szene, sondern auch für den Bereich des Islamismus angeboten. (<http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/beratungsangebote.html> und <http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/aktuelles/auf-ruf-deutsch.html>)

NRW verfügt damit über ein flächendeckendes Netz von Informations-, Bildungs- und Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus auf Regierungsbezirksebene, das im Verbund mit engagierten lokalen Einrichtungen und Initiativen gut funktioniert.

## 3. Auszug bisheriger Strategien und Veranstaltungen im Bereich der präventiven Kinder- und Jugendarbeit sowie der Migrations- und Integrationsarbeit

In der **Kinder- und Jugendarbeit** in Hamm ist es eine besonderen Aufgaben junge Menschen über einen partizipatorischen Ansatz mit demokratischen Spielregeln vertraut zu machen. Partizipation ist dabei nicht als Methode, sondern als Haltung zu verstehen und wird als Mitwirkung bei Entscheidungen über Angebote und Maßnahmen in den Einrichtungen der

Kinder- und Jugendarbeit vorausgesetzt. Die jugendlichen Besucher lernen Argumente abzuwägen, Diskussionen zu führen, Mehrheiten zu akzeptieren und Minderheiten zu tolerieren.

Mit interkulturellen oder / und interreligiösen Projekten (wie im Stadtteil Hamm - Pelkum), die oftmals in Kooperation mit Schulen oder mit Gemeinschaften in den Stadtbezirken durchgeführt werden, wird über die Unterschiedlichkeit und Gemeinsamkeiten aufgeklärt und soll so Vorurteilen „Andersdenkender und Andersfühlender“ entgegenwirken.

Weltoffenheit, Kenntnisse über und Verständnis für kulturelle Unterschiede werden durch die internationale Jugendarbeit vermittelt. Jugendbegegnungen, Vermittlung zu Europäischen Freiwilligen Diensten, Workcamps, Schüleraustauschprogramme u.ä. bieten großartige Möglichkeiten, Vorurteile abzubauen und Toleranzen gegenüber „Fremdem“ zu entwickeln.

Regelmäßig fanden im Jugendkulturzentrum KUBUS Konzertveranstaltungen zum Thema „Rock gegen Rechts“ statt. Initiativgruppen, die sich aus Schülern und Schülerinnen unterschiedlicher Schulen zusammensetzen, organisierten zusammen mit engagierten Bands diese Veranstaltungen und informieren über das Phänomen „Rechtsextremismus“ und über Möglichkeiten, diesem entgegenzuwirken.

Die Mitarbeiter der städtischen Jugendeinrichtungen sind über die Formate der Beratungsmöglichkeiten informiert und können Jugendliche und Eltern an diese vermitteln. Weiterhin sind in der Vergangenheit Aktionstage zu diesem Thema durchgeführt worden und können im Rahmen der Bildungsangebote in der Jugendarbeit mit wenig Vorlauf aktuell in die Programme aufgenommen werden.

Sehr gute Erfahrungen entstanden aus der Umsetzung des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Aus diesem Programm ist der „Lokale Aktionsplan Heessen“ hervorgegangen, der in Verbindung mit dem in den letzten Jahren ausgebauten Netzwerk im Stadtteil sehr gute Erfolge verzeichnet. Seine mittlerweile 25 durchgeführten Mikroprojekte, die von Vereinen, Schulen, Kindertageseinrichtungen oder religiösen Glaubensgemeinschaften initiiert wurden, dienen dazu, das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, Ausgrenzungen zu überwinden, Bürgerliches Engagement zu fördern und präventiv extremistisches Gedankengut einzudämmen.

Das Programm ist für den Zeitraum Juni 2011 bis Dezember 2013 vom Bund gefördert.

In der **Migrations- und Integrationsarbeit** war und ist die Förderung des Interkulturellen Dialoges in Zusammenarbeit zwischen Stadt Hamm, Integrationsrat und den hier lebenden Migrantinnen und Migranten sowie der einheimischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren stets ein Schwerpunkt der Arbeit.

Es wurden regelmäßig Dialog- und Kulturveranstaltungen durchgeführt, die zur besseren Akzeptanz und zur Förderung der Toleranz unter den in Hamm lebenden verschiedenen Kulturen und Religionen beitragen sollen.

Sich näher kennenzulernen und mehr von den verschiedenen Sitten und Gebräuchen zu erfahren, baut „Schwellen-Ängste“ im täglichen Miteinander ab und führt zu mehr Verständnis auf allen Seiten und verhindert somit auch Rassismus, Gewalt und Extremismus!

Hier sind beispielhaft zu nennen:

Interreligiöse Gesprächskreise, Interreligiöse Friedensgebete, Interkulturelle Woche der Stadtbücherei, Interkulturelle Konzerte, Interkulturelle Veranstaltungen wie „Hamm International“ oder „Kulturbunte Stadt Hamm“, der seit vielen Jahren stattfindende Hammer Ramadanmarkt bzw. das gemeinsame Fastenbrechen sowie die vielfältigen Kontakte zu ausländischen Städten mit den entsprechenden Austauschen auch von Jugendgruppen.

#### 4. Überlegungen zur weiteren Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Rassismus und zur Beratung und Betreuung von Opfern rechter Gewalt

Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre kann eindeutig festgestellt werden, dass Hamm keine „Hochburg“ für Rechtsextremismus, Gewalt oder Rassismus ist.

Die in Hamm in den vergangenen Jahren durchgeführten Kundgebungen und Aktionen von Rechten oder anderen Extremisten wurden überwiegend von Gruppen und Beteiligten, die außerhalb der Stadt Hamm leben, geplant und durchgeführt.

Auch in der Sitzung des Integrationsrates am 05.02.2013 wurde dies noch einmal deutlich.

In der Sitzung wurde die Arbeit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg und das „Back Up“-Team (Opfer rechter Gewalt) dargestellt. Hierbei wurde berichtet, dass es im Jahre 2012 im regionalen Einzugsgebiet 77 Fälle mit 133 Betroffenen gab, **jedoch aus Hamm nur sehr wenige Fälle bekannt seien.**

Diese Aussagen decken sich auch mit den Daten, die in der Vergangenheit mehrfach auch im Kinder- und Jugendhilfeausschuss durch den berichtenden Staatsschutz vorgestellt wurden.

Unter Berücksichtigung der genannten Begebenheiten sollten sich die Aufgaben in Hamm auf folgende Themen konzentrieren und folgende Maßnahmen umsetzen:

##### **I. Präventionsarbeit**

Erfolgreiche und nachhaltige Strategien gegen das Aufkommen (rechts-) extremistischer Einstellungen, insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Hamm und sollten:

- die Persönlichkeitsentwicklung und das Sozialverhalten – besonders von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern – stärken.
- die Themen Mobbing, Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und Gewalt von Einzelnen oder Gruppen in allen Institutionen und gesellschaftlichen Einrichtungen aber auch in Familie, Nachbarschaft und Quartier regelmäßig bearbeiten bzw. ansprechen.
- Ausgestiegene und andere engagierte Personen als Multiplikatoren gewinnen und qualifizieren.

##### **II. Koordination, Information und Öffentlichkeitsarbeit**

Um Empathie, Dialogbereitschaft und Toleranz in der Stadtgesellschaft zu fördern sind insbesondere Maßnahmen sinnvoll, die zum Abbau von Vorurteilen und Überwindung von Dialogbarrieren beitragen.

Der interkulturelle und interreligiöse Dialog in Hamm hat hier bereits beeindruckende Ergebnisse erzielt:

- Experten-Workshop des Runden Tisches zum Thema Rechtsextremismus in Hamm bzw. Erarbeitung eines Maßnahmenpaketes
- Gewinnung und Qualifizierung von Jugendlichen (z.B. in Villigst) als Multiplikatoren gegen Rechtsextremismus in Schulen, etc.

Informationen zum Thema Rechtsextremismus sollten nicht nur in den klassisch dafür vorgesehenen Einrichtungen wie Volkshochschulen, Schulen, Jugendzentren, etc. weitergegeben werden, sondern in allen gesellschaftlichen Einrichtungen, Organisationen und Körperschaften selbstverständlicher Bestandteil von Bildung und Information für alle Bevölkerungsgruppen sein. Die Aufgaben sollten sein:

- die Öffentlichkeit sowie interessierte Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen regelmäßig über rechtsextremistische Ideologien und Konzepte sowie sich daraus ergebende Aktivitäten – insbesondere vor Ort – informieren.
- die Zusammenarbeit mit den Zielgruppen rechtsextremistischer Diskriminierung und Gewalt (z. B. Behinderte, Migranten, Farbige, Lesben, Schwule, etc.) verstärken.
- die (aktuellen) Strategien rechtsextremistischer Gruppierungen und Organisationen zur Ansprache und Gewinnung (z.B. Internet, Musik, etc.) von Sympathisanten und neuen Mitgliedern (z. B. Jugendlichen) kennen und – in einer breiten Bildungsoffensive – allen Fachkräften in den Bereichen Soziales, Erziehung, Schule, Bildung und Gesundheit regelmäßig und nachhaltig zu vermitteln und sie über die Möglichkeiten und Wege zur Opferberatung und Betreuung sowie über Aussteigerprogramme informieren.

### III. Beratung

Menschen, die von rechter Gewalt betroffen sind, aber auch Eltern und Angehörige von Mitgliedern der rechten Szene befinden sich oft in einem Zustand der Angst, Hilflosigkeit und Verzweiflung. Die Beratung sollte daher:

- den Opfern schnelle und unbürokratische Begleitung, Hilfe und Schutz vermitteln.
- den Dialog und das Gespräch mit gefährdeten Personen, insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsene bzw. Gruppen, „Szenen“ und Sympathisanten suchen.
- Eltern und Angehörigen konkrete Hilfestellung bei allen Fragen im Umgang mit extremistischen Verhaltensweisen geben.
- im Einzelfall an weitere Beratungsstellen vermitteln.
- in enger Kooperation mit weiteren landesweit tätigen Einrichtungen (s. o.) stattfinden.

Eine weitere, wesentliche Komponente sollte stringent weiter verfolgt werden. Die Erfahrungen aus vielen Projekten in der Jugend- und Stadtteilarbeit belegen, dass die unmittelbare Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in konkrete, ihre Lebenswirklichkeit betreffende Entscheidungsprozesse zur verstärkten Identifikation mit ihrem Umfeld und den Menschen darin führen. Vor allem die Begegnung und das Erkennen gemeinsamer Interessen verhindern Entfremdung und weitere Isolation, was für viele extremistische Demagogen für ihre Sache zu nutzen wissen. Das Gefühl der eigenen Stärke und das Bewusstsein der eigenen Fähigkeiten zum Nutzen Anderer durch Demokratisierungsprozesse zu entwickeln und zu stärken muss weiter Aufgabe im Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern sein.

Eine eigene „Anlaufstelle“ für die Stadt Hamm, die mit personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet ist erscheint durch die bereits vorhandenen Initiativen und Netzwerke nicht unbedingt erforderlich zu sein. Es kommt vielmehr darauf an, die entsprechenden Anfragen so zu lenken, dass sie auf die vorhandenen Strukturen und Netzwerke zurückgreifen und im Einzelfall an die jeweilig passende Einrichtung weitervermittelt werden können. Eine zentrale „Notrufnummer“ und eine Internetadresse mit verbindlichen Absprachen der Ansprechpartner untereinander bieten sich an.

Aufgrund vorliegender Erkenntnisse vergangener Projekte dieser oder vergleichbarer Ausrichtung hat sich die Einrichtung einer institutionsunabhängigen, selbstfinanzierten Initiative als am wirkungsvollsten bei der Erreichung und Akzeptanz der verschiedenen Zielgruppen erwiesen.

Voraussichtlich am 16.04.2013 wird sich in Hamm das „Kompetenzzentrum Rechtsextremismus Westfalen“ (KZW) gründen. Hier schließen sich Städte aus Westfalen zusammen, um

mit einem einheitlichen regionalen Konzept den Rechtsextremismus in Westfalen zu bekämpfen.

Aus Sicht der Verwaltung sollte die Stadt Hamm dem KZW beitreten und auf der Basis der vorhandenen Strukturen und Netze gemeinsam mit dem KZW die Aspekte der Prävention, Koordination, Information, Öffentlichkeitsarbeit und Beratung in ein gemeinsames Umsetzungskonzept einbringen.

Sollte sich im Rahmen der weiteren Beratungen und Prüfungen ergeben, dass hierfür finanzielle Mittel erforderlich sein sollten, sollten diese dann im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden!

(Stand Februar 2013)